



Piratenfraktion • Düsternbrooker Weg 70 • 24105 Kiel

Piratenfraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

PRESSEMITTEILUNG

Pressestelle:
Tel.: 0431 – 988 1303
Geschäftsstelle
Tel.: 0431 – 988 1337

fraktion@piratenpartei-sh.de

Twitter @fraktionSH

Kiel, 01.02.2013

Patrick Breyer und Angelika Beer: Piraten schalten im Streit um Gas-Fracking EU-Kommission ein

Im Streit um die Erschließung unkonventioneller Erdgasvorhaben mithilfe des toxischen Fracking-Verfahrens haben die PIRATEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag heute die EU-Kommission eingeschaltet: Der Vertragsverletzungsbeschwerde[1] der PIRATEN zufolge verletzt Deutschland EU-Recht, weil Fracking hierzulande generell ohne vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden darf. Folgt die EU-Kommission der Beschwerde, kann sie Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen und Strafen beantragen.

Die Piratenabgeordnete Angelika Beer erklärt: "Wir PIRATEN begrüßen die heutige Entscheidung des Bundesrats, mit der die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wird, eine Umweltverträglichkeitsprüfung bereits bei Aufsuchung unkonventioneller Gas- und Ölvorkommen vorzuschreiben. Aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene ist allerdings mit einer Umsetzung nicht zu rechnen. Deshalb ist unsere Beschwerde ein wirksameres Instrument, um Fracking in Deutschland zu verhindern."

Der Piratenabgeordnete Patrick Breyer erklärt: "Durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung würde endlich die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt und würden die Umweltrisiken umfassend ermittelt. In Österreich sind nach Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung keine Fracking-Anträge mehr gestellt worden - auch in Deutschland darf das toxische Fracking-Verfahren nicht zum Einsatz kommen!"

Die PIRATEN im schleswig-holsteinischen Landtag fordern, dass die Öffentlichkeit schon über entsprechende Anträge frühestmöglich und umfassend informiert wird. Außerdem sollen die betroffenen Kreise und - über das Instrument des Bürgerentscheids - Bürger künftig ein Widerspruchsrecht gegen die Ausbeutung von Bodenschätzen auf ihrem

Gebiet erhalten, wenn nachteilige Auswirkungen des Vorhabens nicht auszuschließen sind. Dazu soll das veraltete Bergrecht abgelöst werden.[2]

[1] http://sh_fraktion.piratenpartei-flensburg.de/EU-Beschwerde_Fracking.pdf

[2] <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0300/drucksache-18-0399.pdf>

Ansprechpartner:

MdL Patrick Breyer (Tel.: 0431 – 988 1638 mit Anrufweiterleitung)

Pressestelle: Dr. Stefan Appelius (Tel.: 0171 – 5444282)